



Sozialdemokratische Partei Kanton Luzern
Theaterstrasse 7, 6003 Luzern
Fon 041 311 05 85, Fax 041 311 05 86
info@sp-luzern.ch

Medienmitteilung SP Kanton Luzern

Prämienverbilligung 2007: Massive Verschlechterung für Zehntausende

Die Neuregelung der Verbilligung der Krankenkassenprämien bringt Zehntausenden ab dem 1. Januar 2007 eine massive Mehrbelastung. Die SP Kanton Luzern verurteilt diese unsoziale Politik des Kantons Luzern. Sie fordert vom Regierungsrat, den Anspruchssatz auf der bisherigen Höhe zu belassen.

Um die Familien gezielt von der Last der Krankenkassenprämien zu entlasten, sollen die Prämien von Kindern und jungen Erwachsenen bis 25 Jahren um 50 Prozent verbilligt werden. So will es der Bund. Weil der Grosse Rat in der Budgetdebatte beschlossen hat, die Prämienverbilligung um lediglich fünf Millionen Franken zu erhöhen, bleibt nur eine Umverteilung zu Lasten bisheriger EmpfängerInnen. Dies bedeutet, dass Zehntausende von Luzerner Bürgerinnen und Bürgern ab dem 1. Januar 2007 eine Mehrbelastung in Kauf nehmen müssen. Ein Beispiel: Ein Rentner-Ehepaar mit einem steuerbaren Einkommen von 40'000 Franken wird die neue Regelung mit einer Mehrbelastung von 100 Franken pro Monat zu bezahlen haben.

Anhand von Fallbeispielen kommt die SP heute zum Schluss, dass die neue Regelung auch Familien erheblich belasten wird. Die SP hat festgestellt, dass die höhere Einkommensgrenze auch bei Familien mit unterdurchschnittlichen Einkommen zu einer massiven Mehrbelastung führt. Die Zielvorgaben des Bundes werden somit nicht nur klar verfehlt; sie werden durch die neue Luzerner Regelung geradezu ins Gegenteil verkehrt. Kein Wunder, versucht der Regierungsrat die Neuregelung mit seiner Kommunikationspolitik schön zu färben.

Die Sozialdemokratische Partei nimmt diese Entwicklung nicht einfach hin. In einer dringlichen Anfrage verlangt die Grossrats-Fraktion vom Regierungsrat Antworten auf brennende Fragen. So verlangt die SP klare Aussagen über VerliererInnen der Neuregelung. Die SP verlangt vom Regierungsrat zusätzlich eine Absichtserklärung zur weiteren Entwicklung bei der Prämienverbilligung. Sie will vom Regierungsrat wissen, wann für ihn die Grenze der Belastbarkeit erreicht sein wird? Und sie will wissen, was der Regierungsrat zu unternehmen gedenkt gegen die steigende Belastung für Personen mit tiefen Einkommen?

Die SP ist überzeugt, dass die Prämienverbilligung im Kanton Luzern zunehmend unsozial geregelt ist. Sie weist darauf hin, dass der Anspruchssatz für die Prämienverbilligung seit 1999 von 7 % auf 11,5 % erhöht worden ist. Sie fordert vom Regierungsrat, die unsoziale Erhöhung des Anspruchssatzes zurückzunehmen und auf den heutigen 11,5 % zu belassen.

Luzern, 30. November 2006

Rückfragen:

- Jörg Häfliger, Co-Präsident SP Kanton Luzern, 041 420 33 54
- Giorgio Pardini, Präsident Luzerner Gewerkschaftsbund, SP-Grossrat, Mitglied der PFK, 079 277 66 13
- Urs Thumm, SP-Grossrat, Mitglied der GSK, am Donnerstag erreichbar unter 079 686 56 54

Beilage: Dringliche Anfrage Giorgio Pardini an den Regierungsrat des Kantons Luzern zu den Verbilligungen der Krankenkassenprämien